

Stand der Ausfuhr berechnet nach den letzten drei Monaten, so haben wir zunächst ein Ausfuhrdefizit von 2,5 Milliarden Goldmark im Jahre auszuweisen. Vor dem Kriege wurde die Reibfuhr aus den Linien unserer Auslandsguthaben, aus Einnahmen unserer Handelsflotte usw. deckt. Heute können wir dies Defizit nur mit Waren bezahlen. In diesen 2,5 Milliarden kommt die Normalabfuhr in gleicher Höhe. Voller die Einzahlungen ganz unberücksichtigt für das in Deutschland angelegte ausländische Kapital, das an Höhe unter eigenes Auslandsguthaben sicher übertrifft, so müßten wir neben einer jährlichen Ausfuhr von 5,4 Milliarden noch 7 Milliarden reinen Gewinn (Ueberschuß) aus einer Reibfuhr erzielen, um alle Zahlungen leisten zu können; d. h. mit anderen Worten, unsere Ausfuhr müßte um ein Bedeutendes unsere Friedensaufgabe übersteigen. Für die Weltfremden haben natürlich schon alle Länder mit offenen Armen bereit, um die Ueberschwemmung mit deutschen Waren aufzunehmen. Wer aber wirtschaftlich zu denken versteht, der weiß, daß hinter diesem Ausfuhrmüssen ein erbitterter Kampf um die

Konkurrenz steht, der im Innern soziale Kämpfe aller Art auslösen wird, ganz davon zu schweigen, daß wir in eine falsche Entwicklungsbahn gezwungen werden. Uebrigens hat das Entschließen, um die Schwierigkeiten für unsere Industrie noch zu erhöhen, für die nötige Belastung und Kontrolle gut geforgt. Die Sozialdemokratie scheint in der vorgezeichneten Finanz- und Wirtschaftspolitik nichts Entscheidendes zu sehen. Ob ihr alle Mitglieder zustimmen? Den Genossen von der Eisenbahn sollte doch klar sein, daß ihnen als Angestellte einer Aktiengesellschaft von der Einstellung der Sachverständigen, nicht gerade der Brotkorb niedriger gehängt wird. Es dürfte auch wohl offensichtlich sein, daß diese Gesellschaft den inländischen Markt nicht befruchtet wird. Die Einstellung von Neubauten, Materialbeschaffung usw. wird auf den Arbeitsmarkt ganz bestimmt nicht lebend wirken. So kann man schwerlich in dem Gutachten den Weg zur Wollerversöhnung sehen, sondern nur den, der unsere Wirtschaftsentwicklung in falsche Bahnen lenkt, unser Volk verflacht und die sozialen Kämpfe verewigt.

Ein Interview des Reichskanzlers über angeblich deutsche Rüstungen.

Der Reichskanzler demontiert kategorisch jede deutsche Rüstungsabsicht.

Berlin, 23. Juni. Der Berliner Vertreter des Reuters-Bureaus befragte den Reichskanzler Marx über die Stellungnahme der deutschen Regierung zu den in den letzten Tagen in einem Teil der französischen und auch der englischen Presse sich häufenden Alarmnachrichten über angebliche deutsche Rüstungen und Revanchedebatten. Der Reichskanzler erklärte ihm etwa folgendes: Derartige Nachrichten sind tatsächlich gerade in diesen Tagen in der französischen Presse erschienen und von einem gewissen Teil der englischen Presse übernommen worden. Wenn diesen Tendenzmeldungen entgegenzutreten, ist nicht möglich. Wie sie entstehen, ist aber immerhin interessant, und das will ich Ihnen an einem Beispiel erläutern. Das „Journal“ brachte vor einigen Tagen die Nachricht, die französische Regierung habe der englischen Regierung amtliche Berichte französischer Stellen zur Kenntnis gebracht, nach denen ein bewaffneter Ueberfall auf die Besatzungstruppen im Ruhrgebiet geplant sei. Diese Nachricht, der von amtlicher deutscher Seite sofort entgegengetreten worden ist, ist eine von denen, die in der ausländischen Presse größtes Aufsehen erregten.

Niemand bürgt uns dafür, daß nicht Alarmberichte blauben finden. Ich denke dabei insbesondere an die Meldungen gewisser französischer Zeitungen, in denen die üblichen Angaben über arbeitslose deutsche Rüstungen mit sehr genau klingenden Zahlen belegt werden. Diese Zahlen sind, wie mir zufällig gerade heute gefogt wird, aus einem in einer englischen Fachzeitung veröffentlichten größeren Aufsatz über den Stand der bewaffneten deutschen Macht herausgegriffen. Dieser aus der Feder eines offenbar ganz sachlich eingestellten englischen Offiziers kommende Aufsatz kommt aber zu dem Ergebnis, daß sich der deutsche Zustand auf dem Gebiete des Rüstungswesens in gewissen Einzelheiten mit dem Verfall der Verträge zwar noch nicht überall deckt, daß jedoch im großen und ganzen die deutsche Entarmung völlig durchgeführt und Deutschland auserhande ist, auch nur einen Defensivkrieg mit Rücksicht auf Erfolg zu führen. Die in der französischen Presse erschienenen Bruchstücke sind insofern so auswendig, daß sie einen gegenteiligen Eindruck erwecken. Ersteres als derartige Tendenznachrichten, von denen die deutsche Regierung im allgemeinen keine Notiz nimmt, sind aber natürlich Erklärungen derart, wie sie der „Morning Post“ zufolge kürzlich vom jetzigen französischen Kriegsminister General Rollet abgegeben worden sein sollen. Ich kann mir eigentlich kaum denken, daß der Interviewer der „Morning Post“ General Rollet richtig verstanden hat.

General Rollet hat fast fünf Jahre in Deutschland gewohnt. Er kann unmißlich den Eindruck haben, daß unter Rüstungsstand eine Gefahr für die Sicherheit Frankreichs besteht. Er muß wissen, daß die tatsächlichen Ideen militärischer Ausbildungsbevollmächtigten auf die politischen und strategischen Pläne des betreffenden Landes keine Rückschlüsse zulassen. Er muß sich darüber im Klaren sein, daß eine Truppe, die überhaupt militärischen Wert haben soll, auch über Anstandslos verfügen muß, selbst wenn sie, wie die deutsche Reichswehr, nur Defensiv-Aufgaben hat.

Ich will im übrigen auf die angeblichen Neuerungen des General Rollet nicht allzu ausführlich eingehen. Insbesondere nicht auf die Behauptung über den angeblich militärischen Charakter der Schupo, über die angeblich militärische Ausbildung der Turn- und Sportvereine und über die Gefahr, welche die deutsche Industrie mit Bezug auf die Herstellung von Kriegsmaterial heute angeblich noch darstellte soll. Daß in einem großen Staat mit starken innerpolitischen Gegensätzen neben einem Heer von nur 100 000 Mann für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung sowie für die Erziehung administrativer Polizeianlagen ein Verwaltungskörper von insgesamt 150 000 Köpfen erforderlich ist, wird jedem Unbefangenen einleuchten. Eine Gefahr für Frankreich bedeutet diese Zahl schon deshalb nicht, weil die Angehörigen dieses Verwaltungskörpers für militärische Zwecke gar nicht abkömmlich sind, und weil die Polizei mit der Reichswehr nicht die leiseste organische Verbindung hat. Der körperlichen Ausbildung der Jugend in Turn- und Sportvereinen kommt heute nach der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht eine erhöhte Bedeutung zu, aber lediglich unter dem Gesichtspunkte der Volksgesundheit. Die deutsche Industrie ist nun heute wirklich auf Friedensproduktion umgestellt. Das müssen General Rollets Offiziere selbst am besten wissen. Ich hoffe aufrichtig, daß General Rollet Gelegenheiten nehmen wird, die Mißverständnisse, die fast aus jeder Zeile des Interviews in der „Morning Post“ spricht, richtigzustellen. Gerade auf seine Haltung und seine Neuerungen wird es wesentlich ankommen, wenn wir die deutsche Öffentlichkeit davon überzeugen wollen, daß die Ziele und Methoden der heutigen französischen Regierung andere sind, als die der vorigen. Diese Ueberzeugung in weite Kreise des deutschen Volkes zu tragen, ist unser erklärtes Bestreben. Dies ist die Vorbedingung einer Verständigung und eine Vorbedingung der Verständigung ist es, die wir und mit uns der weitaus größte Teil des deutschen Volkes mit absoluter Aufmerksamkeit verfolgen.

Der glänzende christliche Sieg bei den Berliner Elternratswahlen.

Berlin, 23. Juni. Den Wählern zufolge liegen bisher folgende Resultate der Elternratswahlen in den Groß-Berliner Gemeindeschulen vor: Christliche unpolitische Liste 334, sozialistische Liste (Schulrats) 72, kommunistische Liste 100 und Lehrervereinliste 1. In den höheren Schulen ist mit wenig Ausnahmen nur die christliche unpolitische Liste aufgestellt worden.

Das Urteil im Prozeß gegen die Schänder der Fürstengräfte.

Schwere Anklageurteile gegen die Verbrecher. Berlin, 23. Juni. In dem Prozeß gegen die Einbrecherbande, die planmäßig Fürstengräfte verübte, und u. a. die Fürstengräfte in Weimar sowie die Grabstätte Kaiser Wilhelms heimsuchte, wurden die vier Hauptangeklagten Jakob, Pank, Wulff und Wittig zu Anklageurteilen von 5 bis 8 Jahren verurteilt. Das Gericht beantragte die hohen Strafen mit der Grausamkeit, Bestialität und Gemeingefährlichkeit des Vorgehens der Verurteilten.

Das Präsidium des Landbundes beim Reichskanzler.

Berlin, 23. Juni. Das Präsidium des Reichslandbundes ist heute in Gegenwart des Reichsfinanzministers Dr. Luther und des Reichslandwirtschaftsministers Grafen Ranis vom Reichskanzler Marx empfangen worden, um ihm die Wünsche der Landwirtschaft bezüglich der Verlegung der Steuertermine vorzutragen und gleichzeitig die der landwirtschaftlichen Produktion drohenden Gefahren darzulegen.

Das amtliche Wahlergebnis in Dessau.

Dessau, 23. Juni. Die amtliche Feststellung des Wahlergebnisses hat ergeben, daß sich an der schon gemeldeten Verteilung der Sitze nichts geändert hat. Durch die Reststimmen fällt je ein Mandat der Deutschen Volkspartei, den Volksreformern, den Kommunisten, den Völkischen und dem Wanderversorger (Stadt und Land) zu. Die Verteilungsziffer beträgt 4870.

Amerika und die neue Konferenz.

General Dawes soll persönlich eingeladen werden.

Paris, 23. Juni. Dem „New York Herald“ zufolge sollen Macdonald und Derriot in Chequers vereinbart haben, General Dawes zur persönlichen Teilnahme an der Konferenz in London einzuladen. (W. T. B.)

Paris, 23. Juni. Die „New York Herald“ meldet, sollen die Vereinigten Staaten zur Teilnahme an der Londoner Konferenz zum 18. Juli eingeladen werden. Man habe in Paris und London die Hoffnung, daß Amerika die Einladung annehme, weil die Vereinigten Staaten ein dringendes Interesse an der Ausführung des Dawesplanes hätten. In dieser Konferenz werde Deutschland nicht teilnehmen. Wichtig ist noch folgende Information des „New York Herald“: Obwohl Derriot glaubt, daß das Ruhrgebiet wirtschaftlich und militärisch geräumt werden müsse, befindet er sich auf der Aufrechterhaltung der internationalen Militärkontrolle der drei wichtigsten Eisenbahnen des Rheins und des Ruhrgebietes. Er hielt die Kontrolle sowohl im Interesse der Reparationen, wie auch zur Sicherung Frankreichs notwendig.

Macdonalds Höflichkeit.

London, 23. Juni. Macdonald erklärte im Unterhause, bei den Besprechungen mit Derriot hätte es sich keineswegs um Vereinbarungen gehandelt, die ausschließlich nach Macdonalds Anginnen, sondern nach dem Wohl und Wohlfahrt der beiden Länder bei den Erörterungen hätten. Man werde Amerika einladen, Vertreter an der Konferenz am 18. Juli zu entsenden. Auch eine eventuelle Vertretung Deutschlands sei in Erwägung gezogen worden. Aber es sei selbstverständlich, daß sich erst die Militären einigen müßten, bevor man den Dawes-Bericht ins Werk lege.

Das amerikanische Hilfskomitee beendet sein Liebeswerk.

New York, 23. Juni. In einer Erklärung des Generals Allen, die verkündet, daß nunmehr angeichts der Zunahme der Lebensmittelvorräte in Deutschland das Werk des ameri-

kanischen Hilfskomitees beendet sei, sagte dieser ferner: Etwa 1 040 000 deutsche Kinder wurden täglich vom Komitee beschützt. Tausende von Leben wurden erhalten. Die Uebernahme der riesigen Aufgabe, die Kinder der früheren Besätze zu retten, erscheint als eine der edelsten Taten, die Amerika machen konnte. Es ist auf die große Menge von Männern, mit denen ich auf den Schlachtfeldern in Frankreich und am Rhein gekämpft habe, wünsche ich zu erklären, daß ich noch stolzer bin auf 100 000 junger Bürger, die im Kriege kämpften und segten und dann zu dem Werke, die Kriegswunden zu heilen, zurückkehrten. Nach Allen's Angabe spendeten die Amerikaner annähernd 5 Millionen Dollar.

Amerika verfügt über beschlagnahmte deutsche Regierungsgelder.

Washington, 20. Juni. Der Treasurier des während des Krieges beschlagnahmten feindlichen Eigentums und der Sekretär der Vereinigten Staaten unter dessen Verwaltung ein der deutschen Reichsregierung gehörender Betrag von 2718 000 Dollar sich befinden, erhielt durch den Richter Stafford von dem Ausgleichsgericht den Auftrag, von jenem Betrage 1 351 000 Dollar an ein Konto auszusahlen, die sich im Besitze von deutschen Prozentrenten Sparanweisungen befinden. Der Generalanwalt Stone leitete diese Besetzung mit der Begründung ein, daß die Vereinigten Staaten der Vorauszahlungsbüro der Deutschen seien und daß es der Union gestattet werden müßte, den gesamten Betrag in Besitz zu nehmen. Daraufhin verurteilte das Gericht die Klagen, unter denen sich solche mehrerer Banken befinden, an den Generalanwalt. (W. T. B.)

Eine Sachverständigenkonferenz.

Paris, 23. Juni. Der Sonderberichterstatter des „Welt Pariser“, der Derriot auf seiner Reise nach Chequers begleitete, berichtet, die internationalisierte Konferenz in London werde eine regelrechte Sachverständigen-Konferenz sein, die weder über die militärische Seite der Ruhrfrage, noch über die Verteilung der Reparationsleistungen zu befinden, sondern mit aller Genauigkeit die Erschaffender und Modalitäten festzustellen haben werde, unter denen die von der Konferenz mit der Durchführung des Dawes-Berichtes betrauten Organe zu arbeiten hätten. (W. T. B.)

Die Militärkontrolle im Vordergrund.

Noch keine Entscheidung der Reichsregierung

Die Entscheidung über die Antwortnote liegt noch aus. (Zusammenfassung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 23. Juni. Einem Berliner Morgenblatt zufolge, soll bereits heute im Reichskabinett ein endgültiger Beschluß über die Antwortnote in der Frage der Militärkontrolle der Reichsregierung erfolgen. Das wird als für unrichtig erklärt, eine solche endgültige Entscheidung ist heute noch nicht zu erwarten. Die Ressortberatungen in der Angelegenheit dauern noch fort. Falls es auch die Angabe von einem Widerstand hoher Militärs, insbesondere des Generals v. Seeckt gegen die Annahme einer Generalrevision. Die Verhandlungen über die zu erteilende Antwort betreffen im wesentlichen die Form, in der diese Antwort zu erfolgen haben wird. In einer zukünftigen Erklärung der Reichsregierung wird nicht gemeldet.

Wederum deutsche Nachgiebigkeit?

Berlin, 23. Juni. Die „National-Zeitung“ teilt mit, daß nicht daran zu zweifeln sei, daß die deutsche Reichsregierung hinsichtlich der Militärkontrolle eine Antwort an die Entente erteilen werde, die die Grundlage für eine reichsnahe Erledigung des Programms bilden könne. Die deutsche Regierung sei der Ueberzeugung, daß auch eine erneute Generalkontrolle ihrer sämtlichen militärischen Einrichtungen an einem beide Teile befriedigenden Ergebnis führen müsse, da Deutschland nichts unterhalte, was mit den vertragmäßigen Bestimmungen nicht in vollem Einklang steht. Schwierigkeiten würden nur darin erblickt, daß die Kontrollmaßnahmen bisher immer zu Zwischenfällen führten. Die Reichsregierung glaube aber auch in diesem Punkte der Entente die Sicherheit geben zu können, daß sie ihre Kontrollmaßnahmen vollkommen unbehindert durchführen könne, vorausgesetzt, daß sie die tatsächlich letzte Kontrollmaßnahme sei und vertragsgemäß die Militärkontrolle dann an den Völkerverbund übergeben werde.

Das gleiche Blatt teilt dann noch mit, daß nach den Einträgen des sich zurzeit in Berlin aufhaltenden Postkassiers u. a. des H. v. Deutschland in der Frage dieser Note eine Gattung eingenommen werden müsse, die es dem neuen französischen Ministerpräsidenten als ausgeschlossen erscheinen lasse, daß der französischen Sicherheit von Deutschland irgendeine Gefahr drohen könnte. (1) Man erwarte von Deutschland die Bereitschaft zur nachmaligen Generalkontrolle seiner militärischen Einrichtungen durch die Organe der internationalisierten Militärkontrolle.

Schweren Schwierigkeiten gegenüber der Opposition

Berlin, 23. Juni. Wie die „Welt“, „Sta.“ berichtet, dürfte der Pariser deutsche Botschafter von Derriot in Berlin bei seinen Besprechungen, die er mit den Mitgliedern des Reichskabinetts heute und morgen noch hat, auch auf die schwierige Lage Derriot's gegenüber seiner eigenen Opposition hinweisen, die gewisse Grenzen für die Ausführung des Programms zieht, das Derriot bisher vertreten hat. Es ist auch nicht unwahrscheinlich, daß er die Antwort der Reichsregierung in der Militärkontrollfrage mitnehmen oder wenigstens dem Sinne nach kennen wird, wenn er nach Paris zurückkehrt. Die deutsche Antwort auf die Forderungen dieser Kontrollnote dürfte, wie man in Berlin annimmt, bejahend ausfallen.

Die Unklarheiten über die Endsumme der deutschen Lasten.

Berlin, 23. Juni. Von politischer Seite wird noch darauf hingewiesen, daß die Konferenz von Chequers gezeigt habe, daß man einen wichtigen Punkt des Sachverständigen Gutachtens noch übersehen habe, nämlich den, daß das Gutachten die Endsumme der deutschen Reparationen

überhaupt nicht nennt. Diese Frage sei aber für die endgültige Klärung des Problems der internationalisierten Schulden von größter Bedeutung, und es ergebe sich daraus die große Schwierigkeit, daß nach den bisher vorliegenden Meldungen über diesen Punkt die nach London einberufene internationalisierte Konferenz am 18. Juli zunächst die Frage der internationalisierten Schulden regelt, dabei selbständig die Höhe der deutschen Leistungen festsetzen und nur die Methode der Zahlungen sich nach dem Sachverständigen Gutachten richten solle. Die Teilnahme Deutschlands an einer solchen Konferenz würde nach den französischen Pressemeldungen darin bestehen, daß Deutschland das Schlußprotokoll der Konferenz einschließlich der endgültigen Verpflichtungen zur Reparationsleistung in bestimmter Höhe unterzeichnen müßte. Diese Schwierigkeit könnte für Deutschland nur dann beseitigt werden, wenn deutsche Vertreter auf der Londoner Konferenz mit voller Befugnis berechtigt auch an den Beratungen über die endgültige Höhe unserer Reparationsverpflichtungen teilnehmen könnten. Diese Befugnisse, die man noch vermehren könnte, zeigen deutlich, daß in der Konferenz von Chequers keine der augenblicklichen Schwierigkeiten aus der Welt geschafft worden sei. Es würden erst die nächsten diplomatischen Verhandlungen, in deren Mittelpunkt zunächst die Rolle der Völkervereinigung über die Militärkontrolle steht, zeigen müssen, ob nicht durch diese Konferenz gar die Schwierigkeiten noch vermehrt seien.

Die Märtyrer von St. Martin de Ré in Zweibrücken.

Rhin, 23. Juni. Der Generaldelegierte des deutschen Roten Kreuzes für das Rheinland hat laut „Rhin. Sta.“ mitgeteilt, daß die bisher in St. Martin de Ré internierten deutschen Gefangenen am Sonntag nachmittag in das Gefängnis von Zweibrücken eingeliefert worden sind. Wie das Rote Kreuz weiter mitteilt, sind auch der vom französischen Kriegsgericht in Mainz wegen Sabotage zum Tode verurteilte und dann begnadigte Ingenieur Goegeß von der Badischen Anilinfabrik und der Eisenbahnspektor Gottfried im Gefängnis zu Zweibrücken eingetroffen.

Derriot in Brüssel.

Brüssel, 23. Juni. Derriot ist heute nachmittag in Brüssel eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von den hauptsächlichsten Mitgliedern des Kabinetts erwartet. Der französische Botschafter in Brüssel Herbet hatte sich bereits in Derriot's Begleitung gestellt. Der Brüsseler Presse übergab Derriot eine Botschaft an das belgische Volk, in der er ausführte, er sei glücklich, als Vertreter Frankreichs nach Belgien zu kommen, um der belgischen Regierung die enge Freundschaft und Freundschaft zu bezeugen, die das ganze französische Volk ihr entgegenbringe.

Protestversammlung gegen die Ermordung Matteottis in Genf.

Teilnahme der Internationalen Arbeitskonferenz. Genf, 23. Juni. Unter Vorsitz des schweizerischen sozialistischen Nationalrates Rollet protestierte Sonnabend abend eine von der Genfer sozialistischen Partei und den Gewerkschaften einberufene Volksversammlung gegen die Ermordung Matteottis, an dessen Familie ein Sympathiegramm geschickt wurde, sowie gegen die faschistische Herrschaft. Nebenher wurden die anfänglich der Internationalen Arbeitskonferenz hier weilenden Mitglieder der Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam, die Arbeiterdelegierten Louhaup, Frankreich, Martens, Belgien, Bouillon, England, Oudegeest, Holland sowie andere Gewerkschaftsvertreter, darunter der Deutsche Demmer.